

ÖBB-Skandal in Innsbruck: Historischer Speisewagen wird zum teuren Flop!

Der Artikel berichtet über den geplanten ÖBB-Speisewagen in Innsbruck, bauliche Herausforderungen und finanzielle Folgen.



Innsbruck, Österreich - In Innsbruck war der Plan, einen historischen ÖBB-Speisewagen vor der Bundesbahndirektion als Café einzurichten, ein ambitioniertes Vorhaben, das bereits im April 2022 mit dem Bau des Fundaments für einen Bahnsteig und der Aushebung der Grube für den Waggon begonnen wurde. Doch der Fortschritt wurde durch interne Querelen bei der ÖBB jäh gestoppt. Dies berichtet die **Krone**.

Der Speisewagen, bereitgestellt von den Eisenbahnfreunden Lienz, sollte nicht nur ein gastronomisches Highlight bieten, sondern auch zusätzliche Einnahmen generieren. Insgesamt standen 6.000 Euro Pacht für den Waggon im Raum, was monatliche Einnahmen von bis zu 1.000 Euro hätte versprochen.

Stattdessen entschieden sich die Verantwortlichen, anstelle des Waggons ein großes ÖBB-Logo für 30.000 Euro anzubringen und Blumentöpfe für 6.000 Euro zur Verschönerung der Umgebung aufzustellen. Doch die Kosten der Maßnahme, die sich auf über 200.000 Euro in drei Jahren belaufen, werfen Fragen auf.

Rechtliche Auseinandersetzungen und finanzielle Folgen

Ein Baustopp aufgrund fehlender Abstimmung und Bewilligungen führt zu weiteren Problemen. Ein Prozess zwischen der Baufirma und den ÖBB endete für die Infrastrukturgesellschaft mit der Zahlung von etwa 70.000 Euro an Gerichts- und Anwaltskosten, die den Gesamtschaden auf rund 150.000 Euro erhöht. Die Suspendierung des Ideenlieferanten war ein weiterer Schritt im Rahmen dieser Konflikte.

Die Komplexität des Infrastrukturprojekts ist auch in anderen Bereichen spürbar. So wird die Genehmigungsdauer für bedeutende Infrastrukturprojekte, wie die Verbindungsbahn zwischen Hütteldorf und Meidling, von Kritikern als zu lang empfunden. Laut einem Bericht der **Kurier** lag die mittlere Verfahrensdauer für UVP-Genehmigungsverfahren von 2014 bis 2023 bei zehn Monaten, während die Jahre 2020, 2021 und 2023 teils stark über dem Median lagen. Verzögerungen durch die Coronapandemie und die Komplexität des Verfahrens sind dafür verantwortlich.

Bürgerbeteiligung und kritische Stimmen

Die fehlende Bürgerbeteiligung bei der Planung solcher Projekte wird zunehmend in Frage gestellt. So haben Bürgerinitiativen bei der Verbindungsbahn erhebliche finanzielle und zeitliche Ressourcen investiert, um das Projekt zu stoppen. **Laut einer Umfrage** wünschen sich 89% der Bürger mehr Mitsprache bei Infrastrukturprojekten und 90% appellieren an die Behörden,

eine aktivere Informationspolitik zu betreiben.

Die ÖBB argumentieren, dass der Ausbau der Verbindungsbahn Vorteile für den Bezirk bringe, wie etwa einen Viertelstundentakt der S80 und neue Haltestellen. Doch die Bürger sind skeptisch, insbesondere gegenüber der geplanten Fällung von Bäumen, die unterschiedlich beziffert wird. Kritiker befürchten, dass anstelle der geforderten Parks Parkplätze entstehen. Auch der geplante Hochbau sorgt für Widerstand; viele Initiativen fordern stattdessen einen Tunnel.

Die Herausforderungen in der Planung und Umsetzung solcher Infrastrukturprojekte sind komplex und benötigen nicht nur sinnvolle Lösungen, sondern auch eine breitere Akzeptanz, die nur durch eine angemessene Bürgerbeteiligung gefördert werden kann.

Details	
Vorfall	Prozess
Ursache	fehlende Abstimmung und Bewilligungen, interne ÖBB-Querelen
Ort	Innsbruck, Österreich
Schaden in €	150000
Quellen	• www.krone.at • kurier.at • www.bertelsmann-stiftung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at